

Antwort auf* aktuelle Fragen

EWG bürdet den Bauern immer größere Lasten auf

Zunehmend kennzeichnen akute und chronische Krisenerscheinungen das Bild des Kapitalismus. Davon ist auch die Landwirtschaft nicht ausgenommen. Vor dieser Realität verblaßt auch das oft ideologisch aufpolierte Leitbild der gesicherten Existenz des bäuerlichen „Familienbetriebes“, mit denen die Bourgeoisie einst massenwirksame Propaganda betrieb. Jetzt versucht sie, Bauernruin, Produktionseinschränkung,

Inflation, Arbeitslosigkeit und andere Gebrechen des Kapitalismus als allgemeine „Menschheitsprobleme“ oder als Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts hinzustellen. Aber es geht hierbei weder um das eine noch um das andere. Was sich zeigt ist das Unvermögen, unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen den Anforderungen moderner Produktivkräfte gerecht zu werden und entstandene Widersprüche zu lösen.

10 Millionen Bauern mußten schon auf geben

Die kapitalistische Integration der Bauern in den Agrarmarkt der EWG ist verbunden mit dem größten Bauernlegen der Neuzeit. Seit Gründung der EWG mußten schon über zehn Millionen Bauern ihre Betriebe aufgeben. Die Landwirtschaft in der „Gemeinschaft“ der Monopole ist heute zu einem Knotenpunkt unlösbarer Widersprüche geworden. Die Agrarkrise hat sich enorm vertieft, der Preis-Kosten-Druck der Industriekonzerne treibt die Klassendifferenzierung im Dorf rapide voran. Der staatsmonopolistische Machtapparat der EWG-Behörde ist außerstande, die Widersprüche zwischen Agrarproduktion und Markt unter Kontrolle zu bringen. Kaufkraftschwund, hervorgerufen von einer jährlichen Inflationsrate in den EWG-Staaten von 10,2 Prozent und einer steigenden Arbeitslosenrate von 7,2 Prozent sowie

ein Agrar-Import-Druck aus den USA verstärken die Überschüsse an Agrarprodukten. Die Lagerung der Überschüsse verschlingt ein Großteil des 30-Milliarden-Agrarhaushalts der EWG.

Durch die Vernichtung und Einlagerung landwirtschaftlicher Produkte wird das Marktangebot künstlich verknappt. Die Preise müssen die Verbraucherpreise hochhalten. Das sichert steigende Profite. Die Bauern aber müssen bei allen Überschußprodukten einen Zwangsbetrag in Form von einer Produktionsabgabe in Höhe von 2,5 Prozent des Erzeugerpreises an die EWG zahlen. Wird das vereinbarte Produktionskontingent überschritten, schnellte die Produktionsabgabe auf 37,5 Prozent hoch. Die Bauern dürfen nicht nur die Vernichtung ihrer Produkte bezahlen, sondern werden noch als wuchernde „Spe-

kulanten“ beschimpft. Die Bauernverbände der EWG-Staaten, unterstützt von einigen Gewerkschaften, fordern „ein kostendeckendes Preissystem“ für die Bauern und stabile und „erschwingliche Nahrungsmittelpreise“ für die Arbeiter. Die Gemeinschaft der Monopole will die EWG-Agrarpolitik so wirksam machen, daß nach dem Beitritt von Griechenland auch Spanien und Portugal aufgenommen werden können. Dabei geht es dem Großkapital ökonomisch um die Erschließung dieser Märkte für den „Freihandel-Export“ und politisch darum, die EWG als größten Mittelmeeranrainer auszubauen und für die aggressive, auf Hochrüstung laufende NATO-Politik zu öffnen. Dafür sollen auch die landwirtschaftlichen Produzenten und die Verbraucher der EWG noch tiefer in die Tasche greifen.

Da die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft in den Augen der Erzeuger und Verbraucher völlig diskreditiert ist, soll sie abermals 1981 modifiziert werden. Das Großkapital möchte die Widersprüche so lösen, daß der Prozeß der Herausbildung kapitalistischer landwirtschaftlicher Großbetriebe in den nächsten Jahren bedeutend beschleunigt wird.

Heute propagiert man die These vom „landwirtschaftlichen Unternehmer“. Welche Betriebsgröße damit gemeint ist, steht in den Sternen geschrieben. Die agrarökonomischen Prozesse im Kapitalismus vollziehen sich in der Gegenwart noch gemeiner, noch raffinierter, noch skrupelloser als es die Begründer des wis-